



Klimaprotest in Manila, 2019

KLIMAGERECHTIGKEIT JETZT!

Hitzewellen, Wasserknappheit, Hungerkatastrophen: Die Klimakrise stellt eine elementare menschenrechtliche Herausforderung dar. Sie gefährdet besonders Menschen im Globalen Süden, verstärkt Ungleichheiten und drängt bereits von Diskriminierung betroffene Menschen weiter an den Rand der Gesellschaft. Damit zukünftige Generationen in einer lebenswerten, gerechten und sicheren Welt leben können, muss die Bundesregierung eine ambitionierte und menschenrechtsbasierte Klimapolitik verfolgen.

Schon heute bedroht die Klimakrise Menschenrechte weltweit: Menschen verlieren ihren Wohnraum durch Überschwemmungen, hungern infolge von Dürren oder erleiden Krankheiten aufgrund von Hitzewellen. Die Verantwortung für die immer gefährlicher werdenden Auswirkungen der Klimakrise liegt dabei klar beim Globalen Norden und ist auch stark mit dem europäischen Kolonialismus verbunden. Durch seine historischen Emissionen und seine Kolonialgeschichte hat auch Deutschland massiv zum jetzigen Stadium der Klimakrise beigetragen – und ist daher menschenrechtlich in der Verantwortung mit allen Mitteln eine effektive Klimaschutzpolitik zu verfolgen. Sich dabei an der 1,5-Grad-Grenze zu orientieren, ist menschenrechtliche Pflicht.

Eine unzureichende Klimaschutzpolitik setzt eine menschenrechtsfeindliche Kettenreaktion in Gang, von der Menschen im Globalen Süden besonders betroffen sind. Der Einsatz für Klimagerechtigkeit ist daher immer auch ein Einsatz gegen Rassismus, Sexismus, Armut und Ausbeutung. Menschen, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, müssen daher maßgeblich in Entscheidungsprozessen zu dessen Bekämpfung einbezogen werden. Klimaschutzmaßnahmen tragen nur dann auch zu Klimagerechtigkeit bei, wenn sie die Menschenrechte der meistbetroffenen Personen stärken.

Amnesty International fordert daher alle politischen Entscheidungsträger_innen dazu auf, die Klimakrise als Menschenrechtskrise anzuerkennen, prioritär zu bekämpfen und sich für eine unteilbare menschenrechtsbasierte Klimaschutzpolitik einzusetzen.

Wir sind die deutschlandweite Themengruppe zu Klimakrise und den Menschenrechten.

Mehr zu unserer Arbeit unter:
Instagram @amnesty_klimakrise
Twitter @AIKlimakrise
Website amnesty-klimakrise.de



Bei Nachfragen oder wenn du Lust hast, bei uns mitzuarbeiten, freuen wir uns über deine Mail an kontakt@amnesty-klimakrise.de



**KLIMA
GERECHTIGKEIT
JETZT!**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**





© Nubia Acosta

Die kolumbianische Umweltaktivistin **Jani Silva** riskiert für den Schutz ihrer Heimat ihr Leben. Gold, Öl und Coltan lagern im Amazonas-Gebiet. Bewaffnete Gruppen, Drogenkartelle, das Militär und Ölkonzernunternehmen haben es auf die dort gelegene Region Putumayo abgesehen. Jani Silva hat sich mit ihrem Kampf für dieses Ökosystem mächtige Feinde gemacht. Immer wieder drohen Unbekannte, sie umzubringen. Jani Silva weist auf soziale und ökologische Folgen der Erdölförderung hin. Sie unterstützt Initiativen zur Wiederaufforstung. Und sie kämpft für die Rechte von Kleinbäuer_innen, die vertrieben werden sollen.

Alle bisher ergriffenen staatlichen Schutzmaßnahmen können Jani Silvas Sicherheit nicht nachhaltig gewährleisten. Ihre gesamte Gemeinde muss unter kollektiven Schutz gestellt werden. Beteilige dich jetzt an der Online-Aktion an das kolumbianische Innenministerium: www.amnesty.de/jani-silva.

UNSERE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN ZUM THEMA:

- Klimaschutz wird im Einklang mit den Menschenrechten umgesetzt. Alle Klimaschutzmaßnahmen und der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien werden menschenrechtskonform ausgestaltet (Just Transition).
- Die Bundesregierung strebt auf internationaler Ebene multilaterale Lösungen und eine ambitioniertere Klimapolitik anhand menschenrechtlicher Kriterien an. Dafür müssen auch Mittel für die Klimafinanzierung im Sinne der historischen Verantwortung der Staaten des Globalen Nordens erhöht werden.
- Der Einsatz für Klimagerechtigkeit muss intersektional gedacht werden und somit immer ein Einsatz gegen Rassismus, Sexismus, Armut und Ausbeutung sein.
- Die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad ist eine menschenrechtliche Verpflichtung. Die Bundesregierung muss bis Ende 2022 einen konkreten Fahrplan in allen Sektoren vorlegen, wie sie das 1,5 Grad-Ziel erreichen will.
- Die Bundesregierung nimmt Unternehmen in die Verantwortung, ihren Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen zu leisten.

Weitere Infos findest du unter amnesty.de



© Michèle Später / AFP - via Getty Images

Klimaprotest in Johannesburg, 2019

AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als zehn Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie sich mit Mut, Kraft und Kreativität für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten, oder die wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder wegen rassistischer Zuschreibungen verfolgt werden
- für die Rechte von Menschen auf der Flucht
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz derjenigen, die die Menschenrechte verteidigen
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Verantwortlichen
- für eine menschenrechtsbasierte Klimapolitik
- gegen Rassismus und Diskriminierung

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Amnesty einzusetzen:

amnesty.de/mitmachen

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

Dein Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit: amnesty.de/spenden



AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E.V.

Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-488 · E: info@amnesty.de · W: amnesty.de
SPENDENKONTO · DE23 3702 0500 0008 0901 00 · Bank für Sozialwirtschaft · BFSWDE33XXX

© Amnesty International, März 2022, V.i.S.d.P. Anton Landgraf
Titelfoto © Amnesty International / Jarek Godlewski

twitter.com/amnesty_de [instagram.com/amnestydeutschland](https://www.instagram.com/amnestydeutschland)

[facebook.com/amnestydeutschland](https://www.facebook.com/amnestydeutschland)

